



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 686 890

P/XIV/258 - 12. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Der Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1960 Drei Milliarden Defizit Von Heinrich G. Ritzel MdB	72
3 - 5	Am Anfang war die Tat Bilder, Berichte und Dokumente der Sozialdemokratie Die Ausstellung auf dem Parteitag in Bad Godesberg Von Karl Garbe	113
6	Zu spät erkannt Zum Versagen Borris in Neu-Delhi	40
7	Lücke-Plan mit falschen Zahlen Wie man "soziales Mietrecht" manipuliert	52

* * *

* * *

Der Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1960

Von Heinrich G. Ritzel MdB

Der Bundesfinanzminister legt soeben den Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1960 vor. Der Entwurf schliesst in ordentlichen und ausserordentlichen Haushalt mit 41,9 Milliarden DM rund ab, erreicht also in der Planung der Regierung fast 42 Milliarden DM. Im noch laufenden Rechnungsjahr 1959 betrug die Endsumme des ordentlichen und ausserordentlichen Haushalts rund 39,8 Milliarden DM. Der Regierungsabschluss fordert also 2,1 Milliarden DM mehr als im Vorjahr.

An dieser Planung ändert auch die Tatsache nichts, dass infolge der vorgesehenen Angleichung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr das letzte Viertel des Haushalts 1960 weder in Einnahme noch in Ausgabe praktisch werden wird. Die ursprünglichen Forderungen der Ressorts waren noch um 2,5 Milliarden DM höher. Der ordentliche Haushalt ist nach den hart erarbeiteten Ergebnissen des Regierungsentwurfs um 3,3 Milliarden DM höher als im Vorjahr, der ausserordentliche Haushalt ist um rund 1,18 Milliarden DM niedriger als im Vorjahr. Praktisch bedeutet das die Verwirklichung der von mir bei der Haushaltsberatung 1959 geäusserten Voraussage, dass der Bundeshaushalt nicht - wie der Finanzminister meinte - am Rande des Defizits wandelt, sondern dass er defizitär ist! Trotz optimistischer Einnahmeschätzungen, besonders auf dem Gebiete der Steuern, kann der Haushalt 1960, aufs volle Jahr bezogen, nur mit einer Anleihe von rund drei Milliarden DM ausgeglichen werden. Das ist angesichts der seit zehn Jahren betriebenen Politik, vermögenswirksame Ausgaben aus ordentlichen Einnahmen zu bestreiten und damit ein grosses Bundesvermögen zu sammeln, kein Unglück. Der Bund ist ein guter Anleiheschuldner, aber das wieder in Erscheinung tretende Gesetz der wachsenden Staatsausgaben muss doch einigermaßen Aufsehen erregen.

Auf Grund eines erwarteten Steuermehraufkommens im Rechnungsjahr 1959, das der Bundesfinanzminister vorsichtig auf 1 240 Millionen DM beziffert, das aber voraussichtlich bis zum Abschluss am 31. März 1960 höher sein wird, berechnet der Bundesfinanzminister für 1960 entsprechend der Zuwachsrate zum Bruttosozialprodukt ein Mehraufkommen

aus Steuern von 2,2 Milliarden DM. Dazu kommen die Erwartungen aus dem zweiten Strassenbaufinanzierungsgesetz (Mineralölsteuer) mit rund 300 Millionen DM und das Steueraufkommen "Saar" mit etwa 534 Millionen DM, so dass im ganzen ein Steuersoll auf das volle Rechnungsjahr bezogen von rund 34,7 Milliarden DM die Grundlage des Einnahmehaushalts bilden. Zusammen mit sonstigen Einnahmen aus allen Einzelplänen erreicht die Summe der ordentlichen Einnahmen rund 39 Milliarden DM, so dass sich ein Kreditbedarf von fast drei Milliarden DM zum ausgeglichenen Abschluss des Regierungsentwurfs eines Haushalts für das Rechnungsjahr 1960 ergibt.

Der Verteidigungshaushalt beansprucht aus der Gesamtsumme des ordentlichen Haushalts eine Milliarde DM mehr, also im ganzen zehn Milliarden. Für Erhöhung der Leistungen aus der Kriegsopferversorgung sieht der Regierungsentwurf 835 Millionen DM vor. Die kulturellen Ausgaben weisen nur geringe Erhöhungen auf; so soll der Betrag für Förderung der Wissenschaft von 85 Millionen DM auf 120 Millionen DM erhöht werden und die Zuweisung an die Max-Planck-Gesellschaft von 11,3 Millionen DM auf 12,3 Millionen DM. Zur Förderung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen im Ausland sollen 15,4 Millionen DM mehr aufgewandt werden, zugunsten des deutschen Schulwesens im Ausland zehn Millionen DM. An Mehrleistungen für Zuschüsse zur Sozialversicherung sind zugunsten der Rentenversicherung der Arbeiter, die vor kurzem im Bundestag erwähnten 217 Millionen DM vorgesehen und zur Angestelltenversicherung eine Mehrleistung von 51,5 Millionen DM. Der knappschaftlichen Rentenversicherung sollen 690 Millionen DM mehr zufließen.

In Erwartung eines Mehraufkommens aus der Mineralölsteuer von 303 Millionen DM wird der Ansatz für Bundesfernstrassen um 725 Millionen DM erhöht. Die Leistungen zugunsten der Deutschen Bundesbahn weisen erstmals eine rückläufige Bewegung auf. Die gleichen Erscheinungen sind mit Ausnahme des Flüchtlingswohnungsbaues und anderer kleiner Ansätze im Bereich des sozialen Wohnungsbaues zu beobachten.

Das Sparprämien-gesetz macht sich zum ersten Male mit einem noch geringen Ansatz von einer Million DM bemerkbar. Diese unstrittene Maßnahme wird den Bundeshaushalt in den nächsten Jahren noch sehr belasten.

Ein erster Überblick zeigt, dass die Bundesregierung sehr bemüht war, das ihre zu tun, um die Endsumme des Haushalts unter der Grenze von 42 Milliarden DM zu halten. Inwieweit sie dieses Ziel durch Unterlassung schon heute erkennbarer Ansätze erreicht hat, werden die kommenden Etatberatungen zeigen.

Am Anfang war die Tat

Bilder, Berichte und Dokumente der Sozialdemokratie
Von Karl Garbe

Irgendwo berichtete ein Sozialdemokrat vor seinem Lehrer, der um die Jahrhundertwende seine Schüler zwang, im Lateinunterricht bei Cicero das Wort "improbi" (die Ruchlosen) mit "Die Sozialdemokraten" zu übersetzen. Daran mußte ich denken, als ich in der Ausstellung "Am Anfang war die Tat - Bilder, Berichte und Dokumente der Sozialdemokratie 1848 bis 1959", die vom Parteivorstand der SPD aus Anlaß des Außerordentlichen Parteitages in Bad Godesberg veranstaltet wird, auf das illegale Traktätchen "Cicero - drei Bücher von den Pflichten" stieß. Darin findet man tatsächlich eine Auseinandersetzung mit dem Nazi-Regime - wie auch beispielsweise das Heftchen betitelt "Die Kunst des Selbstrasierens" ein weit schärferes Ding ist als eine Solinger Klinge.

Aber das sind nur zwei Beziehungspunkte von vielen, die jedem Betrachter deutlich machen, wie zählebig die Sozialdemokratie ist und gegen welches Gebirge von Ressentiment, Haß und Stupidität sie sich durchzusetzen hatte. Ausstellungen dieser Art haben oft etwas museal Stockiges und man kann die Veranstalter nur zu der übersichtlichen und richtig temperierten Mischung beglückwünschen, mit der vergilbte, bibliophile Schätze von teilweise beträchtlichem Wert und historischem Profil in den modernen, technischen Rahmen eingepaßt wurden. Die Ouverture bildet der Paragraph 8 der Preußischen Verordnung vom 11.3.1850 (Vereinsgesetz), jenem berüchtigten Knebel der Koalitionsfreiheit, dem heute vielleicht noch einige Bonner Politiker nachtrauern. Bis zum Entwurf eines Parteiprogramms 1959 spannt sich ein Bogen, der Glanz und Elend dieser deutschen Partei, die so stimulierend auf die freiheitlichen und fortschrittlichen Bewegungen in aller Welt wirkte, umreißt.

Die Ausstellung zeichnet im ersten Teil Entwicklung und Verlauf der programmatischen Auseinandersetzungen, das Bemühen der Arbeiterbewegung um ihr Selbstverständnis und die Klärung ihrer Position zu der Institution "Staat". Da findet man die Erstausgaben der Schriften von Weidling, Engels und Marx, dessen eigentümliche formelhafte Kaligraphie,

die jeweils letzten Nummern der ersten und zweiten "Rheinische Zeitung", das "Kommunistische Manifest" und alle jene revolutionierenden Denkleistungen, die später in der sozialistischen Bewegung und in der Partei ihren Niederschlag fanden. Die Epoche der Lassalle, Bebel und Liebknecht schließt sich an, wobei die Dokumentation zeigt, daß auch heute noch die Gegenstände der Tagesordnungen von damals eine wichtige Rolle spielen. Allerdings ist die Parlamentsfraktion, die darüber diskutiert, größer geworden als jene der Zeit von 1877 bis 1890, die zwölf Männer zählte. Daß zu diesen Dokumentationen auch manche zählen, die angefangen mit "Karl Marx vor den Kölner Geschworenen" von Gerichtsverhandlungen, Gefängnissen und Polizeiknüppeln berichten, ist zwar ein Ruhmesblatt für die Sozialdemokratie, aber nicht für die deutsche Geschichte im Allgemeinen. Und daß der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse fast automatisch durch die Kerker führte, könnte manchen jungen Menschen darüber nachdenken lassen, ob denn alles heute so selbstverständlich ist, wie es ist.

Es wird deutlich, daß die programmatischen Auseinandersetzungen nach dem Erfurter Programm 1891 von den praktischen Problemen ausgingen, die die Partei seitdem beunruhigten, wofür die bekannte Kontroverse zwischen Partei und Fraktion nur ein Beispiel ist. Auch die Interpretationen, die Modifikationen, die Revisionen - hier nur durch die Namen Mehring, Kautsky, Luxemburg und Bernstein akzentuiert - fehlen nicht mit interessanten Schriftstücken.

Selbst nach 1933 wurde unermüdlich die Grundlage überprüft, so im "Londoner Entwurf" und den illegal eingeschmuggelten Schriften, die eingangs schon erwähnt wurden. Die Jahre nach dem Zusammenbruch führten zu den uns noch geläufigen Versuchen der Bewältigung spezieller Probleme, aber so aneinandergereiht vermittelt sich doch der Eindruck eines vielseitigen und ständigen Bemühens.

Der zweite Teil der Ausstellung beschäftigt sich mit der freiheitlichen Arbeit der Bewegung Schlesiens, des Sudetenlandes und der mitteldeutschen Provinzen. Es ist ein gängiger Scherz, daß der schlesische Gutsherr, wenn er nach Wahlen in seinem Sprengel auf eine einzige sozialdemokratische Stimme stieß, grölzte: "Man muß den Lehrer entlassen" - das war anno dazumal - denn Schlesien zählte schon früh zu den sozialdemokratischen Hochburgen und es ist kein Zufall, daß Lassalle in

Breslau begann, wo neben ihm Wilhelm Wolff eine entscheidende Rolle spielte. Class Peter Reinders aus Breslau war einer der ersten sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten und die ausgestellten Stücke geben einen guten Einblick in die rege Pressearbeit der schlesischen Arbeiterbewegung, die mustergültige Druckereien betrieb und eine un-dogmatische und breite politische Spannweite besaß. Da war eine florierende Organisation, wovon zwei Bilder eines Maiumzuges vor dem ersten Weltkrieg und des Breslauer Gewerkschaftshauses nur einen kleinen Ausschnitt bieten. Immer wieder taucht Paul Löbe auf, Mentor und Vektor in einem, er ist dabei im Glanz und, wie das Foto aus dem KZ, zusammen mit Hermann Lüdemann und dem Breslauer Oberbürgermeister Mache, zeigt, auch im Elend.

Sehr interessant ist die Darstellung der sudetendeutschen Sozialdemokratie, deren Solidaritätsgeist und treue Standhaftigkeit beinahe sprichwörtlich geworden ist. Für das vielgestaltige Organisationsleben zeugen die Zeitungen, Festschriften, Broschüren und Publikationen aller Art. Vom ersten sozialdemokratischen Ortsvertrauensmann in Böhmen, Johann Simon Martins, bis zum KZ Dachau, wo die Häftlinge 1945 ihren Willen bekundeten, zusammen mit Tschechen, Slowaken und Kar-patherussen in einem freien Rechtsstaat loyal zusammenzuwirken, führt ein weiter und tragischer Weg. Besonders diese bewegende Erklärung zeigte noch einmal den unaufhörlichen Versuch der Sudetendeutschen Sozialdemokratie, die Nationalitätenfrage zu bewältigen und ihre Gedanken über das Selbstbestimmungsrecht wirken sich heute noch fruchtbar aus und bieten Ansätze für die Politik von morgen. Es war kein Wunder, daß im österreichischen Bundesparlament die Sudetendeutschen die stärkste Gruppe in der sozialdemokratischen Fraktion bildeten und auch in der Arbeiterbewegung der CSR eine bedeutende Rolle spielten. Als 1938 die blühende Organisation zerschlagen wurde, deren stärkste Impulse aus den Arbeiterbildungsvereinen kamen, beschwor Wenzel Jaksch in einem plakatierten Aufruf schon den Ausgleich zwischen den europäischen Völkern, obwohl zu jener Zeit der Faschismus noch ungebrochen war. Wie die schlesische Sozialdemokratie mit dem Namen Löbe, so ist die sudetendeutsche mit dem Namen Seliger verknüpft, unter dem sich heute wieder Alte und Junge zu einer Gemeinde verbunden haben, eine bedeutende Tradition pflegen und daraus Gedanken entwickeln, die das tragische Heimatproblem lösen helfen sollen.

Daß Mitteldeutschland von Angebin die Hochburg der Sozialdemokratie war, ist bekannt. Seit 1933 wird dort die SPD unterdrückt und die Dokumente darüber sind leider nicht Geschichte, sondern Gegenwart.

Trotzdem: Die Bilanz der Godesberger Ausstellung ist ermutigend. Immer sind die Gegner der Freiheit überwunden worden, die Sozialdemokratie ist geblieben und hat stets mit neuer Kraft der Politik unseres Volkes neue Umpulse gegeben. Sie wird auch dort, wo heute das SED-Regime herrscht, Sieger bleiben. Mit ihrer eigenen Freiheit wird sie die Freiheit unseres Volkes gewinnen.

Zu spät erkannt

ED. Mit dem dünnen Satz "man habe die Sache zu spät erkannt" versucht die Bundesregierung die wohl grösste und folgenschwerste Panne zu bemänteln, die ihr seit Bestehen der Bundesrepublik in der afro-asiatischen Welt passiert ist. Bonn wird in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi nicht mit einem Ausstellungskiosk auf der landwirtschaftlichen Weltausstellung vertreten sein.

Monatelang haben die Indier für die möglichen Aussteller aus der Bundesrepublik eine grosse und repräsentative Fläche freigehalten. Mehrfach haben indische Beamte in Bonn auf eine Zusage gedrängt, leider jedoch vergeblich, da das in solchen Fragen entscheidende Ministerium, nämlich das Ernährungsministerium, dem ganzen Vorgang keine Bedeutung beigemessen hat, obwohl es bekannt war, dass der Präsident der Vereinigten Staaten bei seinem Besuch der indischen Republik eigens den amerikanischen Pavillon auf der landwirtschaftlichen Weltausstellung in einer feierlichen Zeremonie eröffnen wird.

Jetzt wird Pankow in Neu-Delhi auf dem für die Bundesrepublik lange freigehaltenen Ausstellungsplatz seine Erzeugnisse ausstellen - und als Vertretung Deutschland agieren und agitieren. Schon jetzt werben die Zonenbeauftragten in Indien mit Plakaten und Anzeigen in Englisch und Hindi für Pankow. Niemand wird der Bundesregierung den Vorwurf abnehmen können, sie habe fahrlässig und unzulänglich gehandelt. In einer Zeit, da es gilt, dem Bemühen Pankows um internationale Anerkennung entgegenzutreten, da die Bundesrepublik alles - und auch das Letzte unternehmen müsste, im Ausland und insbesondere in Asien und Afrika für ein wahrhaft freies und demokratisches Deutschland das Panier hochzuhalten, überlassen Organe der gleichen Bundesregierung den Beauftragten Pankows freiwillig einen Platz, der mehr als wichtig ist.

Es entbehrt nicht der bitteren Ironie, dass ausgerechnet die Bundesregierung, die sonst immer wieder auf angebliche "Aufweichungen" im westdeutschen Verhalten hinweist, nun nicht gerade ein Beispiel an Geschicklichkeit, Energie und Aktionsbereitschaft gezeigt hat. Und wie notwendig wären doch diese Tugenden jetzt gerade gewesen. In einer solchen Phase der internationalen und nationalen Politik zu versagen, muss angeprangert werden. Was nützen alle Wiedervereinigungsreferenten bei den deutschen Auslandsmissionen, wenn in Bonn Dummköpfe sitzen, die nicht wissen, wann es zu handeln gilt. Es wäre besser gewesen, in Indien zu sein, als die klerikal-faschistische spanische Republik zu hofieren.

+ + +

Lücke-Plan mit falschen Zahlen

-x Selbst für Fachleute überraschend war die einmütige Entscheidung der CDU/CSU Bundestags-Fraktion für den sogenannten Lücke-Plan zum Abbau der Wohnungsbewirtschaftung und für die Einführung eines "Sozialen Mietrechtes". Diese Entscheidung fiel zu gleicher Zeit als der Deutsche Mieterbund, nun schon zum wiederholten Male, darauf hingewiesen hatte, daß dieser Plan und seine Vorstellung über die Anhebung der Mieten, wie über den Nachholbedarf für Instandsetzungen des Althausbesitzes, auf völlig falschen Voraussetzungen, insbesondere aber auf falschen Zahlenunterlagen beruht.

Sowohl die Höhe des Nachholbedarfs für Reparaturen an Althäusern, den der Lücke-Plan auf 13 Milliarden schätzt, ist falsch, weil zu hoch eingesetzt, als auch die angeblich im Bundesdurchschnitt für Altwohnungen gezahlte Miete von 33,20 DM, weil zu niedrig eingesetzt. Erhebungen in Großstädten haben doppelt so hohe Mieten ergeben. Völliger Unfug sind aber die diesem Plan zugrunde gelegten monatlichen Brutto-Einkommen der Arbeitnehmer von DM 700,-- und Durchschnittsrenten von monatlich DM 300,--. Wir fühlen uns verpflichtet, hierzu besonders Zahlenangaben zu machen.

Nach Untersuchungen des Bundesstatistischen Amtes haben die Brutto-Wochenverdienste der männlichen Vollgesellen im Handwerk im Mai 1959 an der unteren Grenze durchschnittlich DM 93,70 wöchentlich, in der Obergrenze, beim Fleischerhandwerk, DM 125,60 betragen. Das entspricht in der Spitze einem Brutto-Monatseinkommen von DM 560,--, am unteren Ende der Skala von DM 450,--. Hier fehlen also bis zu den DM 700,-- des Lücke-Plans DM 140 bis 250 monatlich.

Auch die männlichen Industriearbeiter haben im Mai 1959 im Durchschnitt ein wöchentliches Brutto-Einkommen von DM 121,93, entsprechend einem monatlichen Brutto-Verdienst von rund DM 550,-- gehabt. Auch ihnen fehlen also DM 150,-- vom Einkommen nach den Angaben des Lücke-Planes. Bei beiden Kategorien, bei Handwerkern wie Industriearbeitern, sind die wesentlich niedrigeren Einkommen weiblicher Arbeitnehmer nicht berücksichtigt. Lediglich die männlichen Angestellten erreichen, mit DM 622,-- brutto monatlich bis DM 826,-- in der Spitze, etwa im Schnitt aller Angestellten die vom Lücke-Plan zugrunde gelegte Zahl. Aber hier handelt es sich um die kleinste Zahl aller Arbeitnehmer im Bundesgebiet.

Haarsträubend ist jedoch die Angabe über die durchschnittlichen Renteneinkommen. Wenn die Politiker der CDU/CSU diese falschen Zahlen unterstellen, so ist schon beinahe - aber auch nur beinahe - zu begreifen, warum sie meinen, daß die Bundesrepublik bereits an der Grenze ihrer sozialen Leistungen angelangt sei. Wollen sie diese Grenze aber in Wahrheit erreichen, so haben sie mehr zuzulegen als die für den 1. Januar 1960 geplanten 5,94 vH. auf die gegenwärtig gezahlten Renten.

Nach den Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Angestelltenversicherung betrug die durchschnittliche Rente der Arbeiter im Juli 1959 monatlich DM 152,-- und die Monatsrente der Angestellten im Durchschnitt DM 244,--. Man müßte also die Angestellten-Renten um 25 Prozent, die Arbeiter-Renten sogar um 100 Prozent erhöhen, wenn man zu den Zahlen des Lücke-Planes kommen wollte. Doch auf diesen falschen Zahlen und den daraus folgenden falschen Schlüssen baut sich das kommende "Soziale Mietrecht" auf, das uns die CDU/CSU nun so einmütig bescheren möchte.

-----+ + +-----
Verantwortlich: Günter Markscheffel